

Verwaltung hat bewusst entscheidungsrelevante Informationen zum Projekt Camed Real Estate zurückgehalten // Vertrauensbruch gegenüber Gemeinderat und Bürgerschaft

Die CDU Fraktion hat in der letzten Gemeinderatsitzung zum TOP Nachnutzung des Krankenhaus-Areals einen Ergänzungsbeschluss durchgesetzt, wonach die Verwaltung zeitnah eine Aufstellung aller angefallenen Forderungen der Stadt und der Stadtwerke gegenüber der Camed Real Estate GmbH aufzeigen soll. Der CDU geht es dabei einerseits darum, dass Herr Züllig seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommt und dass andererseits geprüft wird, welche Ansprüche der Stadt aus dem nicht erfüllten Kaufvertrag noch zustehen.

Es stellt sich nun durch unseren Antrag heraus, dass Camed bereits nach Kaufvertragsschluss die fällige Grunderwerbssteuer (5% aus 3,6 Mio. EUR) an das Finanzamt nicht entrichtet hat. Diese Information wurde dem Gemeinderat trotz mehrfacher Nachfragen zum Stand des Projekts bis vor wenigen Tagen vorenthalten. Vielmehr hat die Verwaltung eigenmächtig und in unüblicher Weise die Grunderwerbssteuer an das Finanzamt bezahlt, ohne den Gemeinderat zu informieren. Gleichzeitig wurde von Herrn Züllig die Hälfte des Betrages in einer nicht näher bekannten Abmachung an die Stadt beglichen.

Damit wurden entscheidungsrelevante Informationen für weiteres Zuwarten seitens der Verwaltung zurückgehalten. Insbesondere ärgerlich ist, dass der Gemeinderat im Sommer letzten Jahres, als Herr Züllig in einer (leider) nichtöffentlichen Gemeinderatsitzung erneut sein Wort für das Projekt gab, keine vollständige Informationsbasis hatte.

Als ich als Vorsitzender der CDU Fraktion in den letzten Tagen von diesem Sachverhalt erfuhr, habe ich umgehend das Gespräch mit

dem OB gesucht. OB Herzog erklärte mir darauf hin, dass „die Verwaltung im Frühjahr 2015 befürchtet habe, der Gemeinderat würde das Projekt mit Camed abbrechen“. Diese Begründung zeigt, dass wir offensichtlich hinters Licht geführt werden sollten.

Das Vorgehen des Herrn OB Herzog gegenüber Gemeinderat und Bürgerschaft stellt einen Vertrauensbruch dar. Neben Gemeinderat wurde so auch die Öffentlichkeit getäuscht – **längst war das Licht nicht so grün wie es von OB Herzog vorgetragen wurde.** Wir sind über dieses Vorgehen empört. Der Gemeinderat und die Bürgerschaft haben ein Recht auf vollständige und wahrheitsgemäße Information über alle entscheidungsrelevanten Tatsachen.

Es muss die Frage erlaubt sein, ob hier fahrlässig oder aus Unvermögen gehandelt wurde?

Schramberg, 08. April 2016
Clemens Maurer